

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich
Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Köditz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau und Nüssen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 263.

Telegraphischer Anschluss
Nr. 7.

53. Jahrgang.
Freitag, den 13. November

Telegrammadresse:
Tageblatt.

1903.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonntagen und Feiertagen) abends für den folgenden Tag. Vertriebspreis 1 Bl. 20 Pf., durch die Post bezogen 1 Bl. 50 Pf. — Einzelnummer 10 Pfennig. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstraße 397, auch Kaiserl. Postamt, Postamt, Postboten, sowie die Ausbringer gegen. Inserate werden die fünfgepaltene Postzeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittags 10 U. — Im „Amtlichen Teil“ wird die zweifaltige Zeile oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtigen Inserenten kostet die fünfgepaltene Zeile 15 Pfennige. —

Bekanntmachung.

Neuere Untersuchungen haben ergeben, daß die unter anderem auch zu Unterrichtszwecken verwendeten farbigen Kreiden nicht selten einen der menschlichen Gesundheit schädlichen Arsen- oder Bleigehalt haben.

Zufolge Verordnung des königlichen Ministeriums des Innern wird deshalb vor dem Gebrauch dieser Kreiden gewarnt.

Lichtenstein, am 10. November 1903.

Der Stadtrat.

Stedner,
Bürgermeister.

Schr.

Deckreisig-Auktion

auf Lichtensteiner Revier.

Sonnabend, den 14. November 1903,
von vormittags 9 Uhr an

sollen im Ratskeller zu Lichtenstein
ca. 150 Rmtr. Deckreisig, aufbereitet im Stadtwalde, Burgwalde und
Reudörfler Walde,
gegen sofortige Bezahlung versteigert werden
Fürstliche Forstverwaltung Lichtenstein.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

* Die „Berliner Politischen Nachrichten“ können bestimmt versichern, weder in den Kreisen der Reichsregierung, noch in denen der Spirituszentrale werde der Plan einer Wiederaufnahme des Branntweinmonopols auch nur erwogen.

* Gewerbliche Kinderarbeit. Das Gesetz betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben tritt am 1. Januar 1904 in Kraft. Nach diesem ist der Bundesrat ermächtigt, für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes für einzelne Arten von Werkstätten Ausnahmen von dem Verbote der gewerblichen Kinderarbeit zu erlassen. Eine entsprechende Verordnung des Bundesrates wird zu erwarten sein, da dem Vernehmen nach dieser beabsichtigt, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen.

* An Stelle der verstorbenen Großindustriellen Krupp und Stumm hat der Kaiser, wie wir erfahren, abermals zwei Großindustrielle aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet als Mitglieder in das Herrenhaus berufen.

* Um die ausschlaggebenden Stellen über die Quertreibereien der Jesuiten stets auf dem Laufenden zu erhalten, werden die deutschen Fürsten durch direkte Zusendung besonders wichtiger Nummern der „Wartburg“ auf neue Vorfälle und alte Sünden der Jesuiten aufmerksam gemacht. Das hat, wie die „Wartburg“ zu berichten weiß, Erfolg gehabt: Nicht weniger als dreizehn direkte Zuschriften beweisen, daß gerade die höchsten Kreise den lebhaften Anteil an der Jesuitenfrage nehmen. Würde das evangelische Deutschland ebenso energisch in der Sache Stellung nehmen wie die deutschen Fürsten es tun, so wäre die Jesuitenfrage längst für immer entschieden.

* Deutsche sind und bleiben die höflichsten Leute. Höflichkeit ist aber oft nur Schwachheit. Auf das in italienischer Sprache abgefaßte Telegramm, in welchem der italienische Unterrichtsminister bei dem Tode Mommsens dem preussischen Kultusministerium die Teilnahme des gelehrten Italieners ausdrückte, hat der letztere ebenfalls in italienischer Sprache geantwortet, vermutlich weil er zeigen wollte, daß man im Berliner Kultusministerium Italienisch kann, und weil er fürchtete, daß ein von einem deutschen Minister und in deutscher Sprache abgefaßtes Danktelegramm in Rom nicht verstanden worden wäre. Wann wird endlich diese Unhöflichkeit bei unseren Behörden aufhören, mit der unsere Behörden auf fremdsprachige Zuschriften ausländischer Behörden nicht in der deutschen, sondern in der fremden Sprache antworten, während es z. B. amerikanischen Behörden, an die von Berlin aus in höflicher Weise amtliche Telegramme oder Zuschriften in englischer Sprache gerichtet werden, gar nicht einfällt, diese Höflichkeit durch eine in deutscher Sprache abgefaßte Antwort zu erwidern? Für Montenegro oder Ungarn oder Siam mag diese deutsche behördliche Gepflogenheit angebracht sein, aber die deutsche Sprache ist eine Weltsprache.

* Wunderbare Meldungen kommen über den Ozean herüber. Der New-Yorker kolumbische Generalkonsul Arturo de Brigard behauptet nämlich

dort, er habe die Nachricht erhalten, daß die kolumbische Regierung eine Kommission nach Deutschland entsenden werde. Die Kommission solle im Auftrage der kolumbischen Regierung das deutsche Reich zur Uebernahme des Protektorats über Kolumbien auffordern, wofür Deutschland Landkonzessionen an der Pacific- und der karibischen Küste, möglichst nahe dem Isthmus, erhalten soll. Der Grund dieser Behauptung ist klar: Die Vereinigten Staaten sollen damit ins Vordringen gezwungen und von der Unterstützung der neuen Republik Panama abgebracht werden. Natürlich würden die angebotenen Vorschläge, wenn sie überhaupt gemacht würden, in Berlin keine Gegenliebe finden. Aber es glaubt daran niemand als höchstens die gelbe Presse in Amerika, die damit eine willkommenene neue Gelegenheit findet, ihrem Haß gegen Deutschland wieder einmal gründlich Luft zu machen.

Durch vorteilhafte zufällige Erwerbung eines Musterlagers besserer

Damen- u. Mädchen-Saccos

sowie

Frauen- u. Golf-Kragen

befinde ich mich in der angenehmen Lage, meiner werten Kundschaft mit recht billigen Verkäufen dienen zu können und bitte ich um nähere Prüfung dieser wirklich günstigen ins Auge fallenden Offerte.

Kerm. Kutschenreuther

Geschäftshaus für Damen-Moden.

England.

* London. Die Krankheit Kaiser Wilhelms hat hier eine Art Hock hervorgerufen. In politischen Kreisen sprach man gestern trotz des Lordmayortages kaum von etwas anderem. Selbst Balfours optimistische, der Autorität der Persönlichkeit ermangelnde Bankettrede wurde viel weniger beachtet als das Berliner Ereignis, hinsichtlich dessen man hier überflüssig pessimistisch sah. Namentlich beunruhigt es, daß Moritz Schmidt, nicht Professor von Bergmann, operierte. „Daily Express“ schreibt heute: Die Krankheit des Kaisers, obwohl sie nur leicht sein soll, hat uns daran erinnert, welcher Wechsel in der europäischen Politik eintreten würde, wenn diese machtvolle Persönlichkeit verschwände. Der internationale Friede hängt an dünnen Fäden; laßt einen dahingehen, und das Gleichgewicht kann sofort gestört werden. Das Blatt teilt nicht die optimistischen Ansichten Balfours und ist nicht der Ansicht, daß die Alaska-Frage die letzte Schwierigkeit Englands mit Amerika sein werde.

Serbien.

* Belgrad. König Peter hat den Zaren er-

sucht, dahin zu intervenieren, daß England, welches erklärt hat, solange in Belgrad keinen Gesandten zu unterhalten, als sich noch Königsmörder in der Umgebung des Königs befinden, seinen Standpunkt ändern möge.

* Der gesamte Nachlaß der Königin Dragica im Werte von über einer halben Million Franks wurde dem Vertreter der Schwester Dragas ausgehändigt.

Amerika.

* Maday, der Erfinder der Schuhmaschinen, vermachte der Harvard-Universität 28 Millionen Mark.

Asien.

* Die Japaner werden von den Engländern aufgestachelt, dem Vordringen der Russen in Ostasien Widerstand entgegenzusetzen. Dahin zielt auch die folgende Meldung des Reuterschen Bureaus aus Tokio: „In Tokioer gut unterrichteten Kreisen ist man sehr geneigt, die in Europa verbreiteten friedlichen Ansichten bezüglich der Lage im äußersten Osten zu bezweifeln. Man glaubt, die Erhaltung des Friedens sei nur möglich, wenn Rußland die japanischen Forderungen bezüglich der Mandchurei annehme. Es werde für die Regierung immer schwieriger, die Erregung im Volke zu zügeln.“ Nach einer weiteren Meldung aus Tokio wurde bei Gelegenheit eines Festmahles, an dem 250 Personen teilnahmen, eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die fortwährende Verschiebung einer Regelung der mandchurischen Frage sei schädlich für die nationalen Interessen und für den Frieden im äußersten Osten. Die Regierung müsse deshalb prompt und entschlossen vorgehen.“

Aus Stadt und Land.

Lichtenstein, 12. November.

* Zur Wahlrechtsreform. Das „Chemn. Tagebl.“ schreibt: Die hiesige „Allg. Ztg.“ nahm in ihrer Dienstaussage von einer angeblich längst von Mund zu Mund gegangenen, uns aber bisher unbekannt gebliebenen Lesart Notiz, wonach nicht der sächsischen Regierung und auch nicht Herrn Minister v. Meylich das ernsthafte Verdienst der Einbringung einer Wahlrechtsnovelle gebühre, sondern König Georg selbst die Initiative dazu ergriffen habe. Der Eindruck der Reichstagswahlen an höchster Stelle sei derart gewesen, daß eingesehen wurde, es könne doch nicht so weiter gehen. Diese „Lesart“ beruht auf freier Erfindung. Der wahre Sachverhalt ist, wie wir schon in unserer Nummer vom 30. Juli d. J. mitteilten, folgender: Das Ministerium des Innern hat aus eigener Initiative seit dem Herbst vorigen Jahres, also lange vor den Reichstagswahlen, unausgesetzt an der Vorlage gearbeitet und im Frühjahr dieses Jahres, also gleichfalls vor den Reichstagswahlen, war sie soweit fertiggestellt, daß der Kultusminister v. Seydewitz die darauf bezügliche Denkschrift mit nach Gardone nehmen konnte, um sie Sr. Majestät vorzulegen. Richtig ist, daß König Georg der Angelegenheit in allen Stadien ihrer Entwicklung sein allerhöchstes Interesse in lebhafter Weise zugewendet hat, die Initiative aber ist vom Ministerium des Innern ausgegangen. Diese Mitteilungen sind authentisch und unanfechtbar.

Bedarfs
ücken,
meines
ots

50

75 an

15 Pf.

ung.

Baschanstalt

Dalichow

übernommen,

ittwarengeschäft,

ereinsnähte

g, den 12. Nov.,

im Lucien- und

ft.

um

n Glasleuchtern

stieft

n, geschl.

öpfe

Reinhold,

, Kirchstr.

Ranges

z. b. 40000 M.

Frankh. d. Pf. 15.

Fr. Flachows-

G.

eben Heim-

bevolle Be-

rechnungen ent-

bedürfnis ist,

zusprechen.

Förster

essen.